

# Kraukauer Zeitung.

Nr. 289.

Montag, den 19. December

1859.

Die „Kraukauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis: für Kraukau 4 fl. 20 Nkr., mit Versendung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Nkr. berechnet. — Insektionsgebühr für den Raum einer viergespaltenen Petitzeile für die erste Einrückung 3/4 Nkr.; Stämpelgebühr für jede Einrückung 30 Nkr. — Inserat-Belegungen und Gelder übernimmt die Administration der „Kraukauer Zeitung.“ Zusendungen werden franco erbeten.

Einladung zur Pränumeration auf die

## „Kraukauer Zeitung“

Mit dem 1. Jänner 1860 beginnt ein neues vier-  
teljähriges Abonnement unseres Blattes. Der Pränu-  
merationspreis für die Zeit vom 1. Jänner bis Ende  
März 1860 beträgt für Kraukau 4 fl. 20 Nkr., für  
auswärts mit Inbegriff der Postzusendung, 5 fl. 25  
Nkr. Abonnements auf einzelne Monate werden für  
Kraukau mit 1 fl. 40 Nkr., für auswärts mit 1 fl.  
75 Nkr. berechnet.

Bestellungen sind für Kraukau bei der unterzeich-  
neten Administration, für auswärts bei dem nächst ge-  
legenen Postamt des In- oder Auslandes zu machen.

### Die Administration.

### Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Ent-  
schliessung vom 4. Dezember d. J. Seine kaiserliche Hoheit Ni-  
kolous Cesarowitsch, Großfürst und Thronfolger von Ruß-  
land, zum Obersten-Inhaber des Einien-Infanterie-Regiments  
Nr. 61, zu ernennen und allergnädigt anzuordnen geruht, daß  
dieses Regiment künftighin dessen Namen zu führen, dagegen der  
Feldmarschall-Lieutenant, Thomas Freiherr von Zobel, in die  
Funktionen als zweiten Inhaber dieses Infanterie-Regiments zu  
treten hat.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Ent-  
schliessung vom 8. Dezember d. J. allergnädigt zu gehalten ge-  
ruht, daß der disponible Feldmarschall-Lieutenant, Valentin Weir-  
gel von Krieglshohn, auf seine Bitte in den wohlverdienten  
Hauptmann übernommen werde und dabei demselben, in Anerken-  
nung seiner vielfährigen, vor dem Feinde und im Frieden stets  
guten Dienstleistung, das Kommandeurkreuz Allerhöchsthieses Leo-  
pold-Ordens allergnädigt zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Ent-  
schliessung vom 4. Dezember d. J. den Hofrath, Joh. Czajka  
Ritter von Winkeln, auf sein durch Gesundheitsrückfällen  
begünstigtes Ansuchen, von der Stelle des Wiener Polizei-Direk-  
tors zu entlassen und demselben in Anerkennung seiner langjäh-  
rigen, treuen, gemeinnützigen und aufopfernden Dienstleistung,  
den Orden der eisernen Krone zweiter Klasse trefen allergnädigt  
zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Ent-  
schliessung vom 6. Dezember d. J. allergnädigt zu gehalten ge-  
ruht, daß der erste Kommandant der k. k. Hofbibliothek, Hofrath Si-  
gismund Freiherr von Münch-Bellinghauseu, das ihm verlie-  
hene Komturkreuz des großherzoglich Sachsen-Weimarischen Ord-  
ens vom weißen Falken annehmen und tragen dürfe.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Ent-  
schliessung vom 12. Dezember d. J. den nachbenannten die Ver-  
willigung allergnädigt zu ertheilen geruht, die denselben verlie-  
henen fremden Orden annehmen und tragen zu dürfen, und zwar:  
dem General-Major, Ludwig Freiherr von Gobleu, das  
Kommandeurkreuz erster Klasse des großherzoglich Hessischen Lud-  
wig-Ordens;

dem General-Major, Ferdinand Ritter v. Wuffin, das Kom-  
turkreuz erster Klasse des großherzoglich Hessischen Verdienst-  
Ordens Philipps des Großmüthigen;

dem Obersten, Karl Brinzen von Baden, des Dragoner-  
Regiments Graf Stadion Nr. 1, das Ritterkreuz des großher-  
zoglich Badischen Militär-Karl-Friedrich-Verdienst-Ordens;

dem Hauptmann, Dominik v. Kreyssern, des Infanterie-  
Regiments Großherzog von Hessen Nr. 14, das Ritterkreuz des  
großherzoglich Hessischen Verdienst-Ordens Philipps des Großmü-  
thigen;

dem Hauptmann, Ignaz Wellal, des Infanterie-Regiments  
Freiherr v. Ritsch Nr. 21, das Ritterkreuz des großherzoglich  
Badischen Ordens vom Säbinger Edeu;

den Mittelrathen:  
Alexander Freiherr v. Hoffgarten, des St. k. k. Apo-  
stolischen Majestät Allerhöchsten Namen führenden Kürassier-  
Regiments Nr. 1;

Karl Gebartzen von Schönburg-Forderglaucheu-Be-  
nig-Weselsburg, des Kürassier-Reg. Kaiser Ferdinand Nr. 4;

Adolph Freiherr v. Niese-Salzburg, des Armeekorps,  
das Ehren-Ritterkreuz des kgl. Preussischen Johanniter-Ordens;

dem Oberleutnant, Georg von West, des Infanterie-  
Regiments Freiherr v. Grueber Nr. 54, das Ritterkreuz des großher-  
zoglich Hessischen Verdienst-Ordens Philipps des Großmüthigen;

dem Unterleutnant, Eduard Bernede, des Infanterie-  
Regiments Königin der Belgier Nr. 27, die Denkmünze zum  
königlich Preussischen Haus-Orden von Hohenzollern.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Ent-  
schliessung vom 12. Dezember d. J. den Obersten, Anton Walz,  
Einreichungs-Protokoll-Direktor beim Arme-Oberkommando, in  
Anerkennung seiner vielfährigen erspriesslichen Dienstleistung, zum  
General-Major und Kommandanten des Invalidenhausens zu Er-  
neu allergnädigt zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Ent-  
schliessung vom 5. Dezember d. J. dem Medicinrathen-Offiziale,  
Franz Korn, in Anerkennung des von ihm unter schwierigen  
Verhältnissen und außer seiner Amtserufe zum Wohle Frankeu  
Soldaten betätigten, aufopfernden und erspriesslichen Wirkens,  
das goldene Verdienstkreuz allergnädigt zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Ent-  
schliessung vom 12. Dezember d. J. dem Portier im k. k. oberen  
Zivilgebäude, Thomas Knische, in Anbetracht seiner mehr als vier-  
zigjährigen erspriesslichen Dienstleistung, das silberne Verdienst-  
kreuz mit der Krone allergnädigt zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Ent-  
schliessung vom 8. Dezember d. J. dem General-Arm, Benedikt  
Mosser, in Anerkennung des von ihm unter eigener Lebensge-  
fahr mit muttholler Unerschrockenheit vollbrachten Rettung eines

Menschen aus den Flammen eines brennenden Hauses, das sil-  
berne Verdienstkreuz allergnädigt zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Ent-  
schliessung vom 9. Dezember d. J. dem Feldwebel, Jakob Schrei-  
ber, des Infanterie-Regiments Freiherr von Kellner Nr. 41, in  
Anerkennung seiner redlichen Pflichttreue, mit welcher er einen  
ihm während der Kriegs-Operationen im Dienste anvertrauten  
namhaften Geldbetrag selbst in der Kriegsgefangenschaft unter  
sehr schwierigen Verhältnissen mit wahrer Selbstverleugnung ge-  
borgten und bei seiner Rückkehr aus derselben unaufgefordert an  
sein vorgelegtes Kommando abgeführt hat, die silberne Tapfer-  
keitsmedaille zweiter Klasse allergnädigt zu verleihen geruht.

### Nichtamtlicher Theil.

Kraukau, 19. December

Nach einer Berliner Correspondenz der „Prager  
Zeitung“ soll es jetzt keinem Zweifel unterliegen, daß  
von den Großmächten außer England auch Preußen  
und Rußland auf dem bevorstehenden Kongresse nicht  
durch ihre Minister, sondern durch die in Paris be-  
glaubigten Gesandten als erste Bevollmächtigte ver-  
treten sein werden. Ebenso werden die kleineren Staa-  
ten nicht die Minister, sondern andere Diplomaten  
nach Paris entsenden. Dagegen wird die Vertretung  
Oesterreichs, Frankreichs und Sardiniens, also der drei  
am Kriege beteiligten Staaten, wahrscheinlich den be-  
treffenden Ministern übertragen werden. In Bezug  
auf die Wahl des zweiten preussischen Bevollmächtig-  
ten liegt noch keine Entscheidung vor. Verschiedene  
Gerüchte weisen bald auf den jetzt in Berlin anwesenden  
Geschäftsträger am brasilianischen Hofe Freiherrn von  
Heydebrand und der Laia, bald auf den Ministerre-  
sidenten am toscanischen Hofe, Legationsrath von  
Reumont hin. Für letzteren spricht jedenfalls seine  
genaue Bekanntschaft mit den Verhältnissen Italiens,  
wie ihm denn auch die reichen Erfahrungen eines sach-  
kundigen Augenzeugen der letzten Vorgänge in diesem  
Landes zur Seite stehen. Alle Kongressglieder mit  
Ausnahme Englands und Sardiniens, beist es weiter,  
sollen für die künftige Regelung der italienischen Ver-  
hältnisse auf dem Boden des legitimen Rechtes ste-  
hen und die Abmachungen von Villafranca und Zürich  
als die maßgebenden Normen für die gemeinsamen  
Verhandlungen anerkennen. Eine ernstliche Störung  
des Einigungswerkes wird indessen auch von Turin  
und London her nicht befürchtet. Sardinien wird am  
Ende den Beschlüssen Europas sich fügen müssen und  
bei dem zunehmenden Einlenken des britischen Cabinets  
steht eine nachhaltige Sonderstellung Englands wohl  
um so weniger zu erwarten, als an der Thematik schon  
wiederholt ganz unzweideutig ausgesprochen ist, daß  
man für fremde Interessen zu den Opfern eines thak-  
kräftigen Auftretens nicht geneigt sei. Mit den großen  
Worten werden also auch die übergreifenden Ansprüche  
an dem Drang der Umstände und dem Bedürfnis des  
Friedens ihre Grenze finden.

Ein „Corr. der „K.“ glaubt „mit äußerster Be-  
stimmtheit“ also aus zuverlässigster Quelle, die Ver-  
sicherung ertheilen zu dürfen, „daß in dem preussischen  
wie in dem russischen Antwortschreiben auf die Ein-  
ladung zum Kongresse der Wunsch ausgesprochen  
worden, die Beschlüsse des Congresses über territoriale  
Veränderungen u. s. w. mögen executorische Kraft haben;  
die Antwort Englands, im Gegentheil, ohne einen aus-  
drücklichen Vorbehalt zu stipuliren, enthielt einen Wunsch  
auf das Wegfallen jeder activen Dazwischenkunft, eine  
europäische nicht auszusprechen.“ Frankreich, oder we-  
nigstens Walewski's Ansicht über diesen Punkt steht  
in der Mitte, da das „Days“ als Antwort auf die  
Aussagen eines anderen französischen Blattes die  
Erklärung enthält, „daß, wenn der Congref sich ver-  
anlaßt finden sollte, Beschlüsse zu fassen, die den  
Wünschen und Handlungen der italienischen Bevölke-  
rungen zuwiderläufen, diese europäischen Beschlüsse voll-  
kommen executorisch seien, so weit dieselben sich auf  
solche Handlungen bezögen, durch die das Gleichgewicht  
der durch die Congressmächte hergestellten Ordnung be-  
einträchtigt werde.“

Nach dem Pariser = Corr. der „N. Pr.“ wird  
das Programm der Congrefarbeiten in drei Ab-  
schnitte zerfallen: Erledigung der Souveränitätsfragen  
im mittleren Italien, Beratung der etwa erforderlich  
erscheinenden territorialen Veränderungen — mit Hin-  
ziehung von Deputirten der betreffenden Souveräne  
— und endlich Beratung über die Frage der Confö-  
deration. Daß der erste Punkt durch einen Beschluß  
der Majorität der im Congresse vertretenen Mächte zu  
Gunsten der legitimen Herrscher erledigt werden wird,  
und daß sich Victor Emanuel durch Verzichtleistung  
auf die Einverleibung der Herzogthümer und der Ro-

magna diesem Beschlusse unterwerfen wird, ist nicht  
zu bezweifeln. Die Herzogthümer werden sich fügen,  
und in der Romagna ist schlimmen Falles eine Inter-  
vention nicht unmöglich.

Der „N. Pr.“ wird ferner aus Paris geschrieben,  
daß Spanien beabsichtigt, im Congresse die Forderung  
zu stellen, zu einer Großmacht erhoben zu werden.

Mehrere Pariser Blätter vom 16. d. stellen mit  
einigem Unglauben die Frage, ob in Folge der man-  
nigfachen Schwierigkeiten bei der Wahl der Bevoll-  
mächtigten die Eröffnung des Congresses schon am 5.  
Januar, wie früher beabsichtigt war, werde erfolgen  
können. Die Vermuthung, daß die neutralen Groß-  
mächte sich durch die Eile ihrer auswärtigen Poli-  
tik werden vertreten lassen, wird nicht nur von dem  
„Journal des Débats“, sondern auch von der mini-  
steriellen „Patrie“ wiederholt. Andere offiziöse Stim-  
men versichern, daß noch kein definitiver Beschluß in  
der Sache feststehe. Auch die Wahl des Grafen Ca-  
mour ist noch nicht offiziell, doch will man jetzt wissen,  
daß Spanien seine Bevollmächtigten für den Congref  
bestimmt gewählt habe, nämlich Herrn Martinez de la  
Rosa zum ersten und Herrn Mon zum zweiten Be-  
vollmächtigten.

Die päpstliche Regierung hat, wie dem „Jour-  
nal des Débats“ aus Rom vom 12. d. M. gemeldet  
wird, den Mitgliedern des diplomatischen Korps einen  
vom 7. d. M. datirten Protest eingehändigt, in wel-  
chem der piemontesischen Regierung zum Vorwurf ge-  
macht wird, daß sie in der Romagna gestattet hat, die  
Civilbeamten und die Arme des König Viktor Ema-  
nuel den Eid der Treue schwören zu lassen; es wird  
Beschwerde darüber ausgesprochen, daß dieser Monarch  
dieselbst den königlichen Titel angenommen, indem pie-  
montesische Truppen dorthin geschickt, die Justizpflege  
in seinem Namen geübt, die Zolllinie verändert, Ge-  
setze gegen die Kirche erlassen, einen Regent proklamirt  
und „die Dinge noch weiter getrieben worden sind, in-  
dem ein Geschäftsführer (Gerant) für diese Provinzen  
ernannt wurde.“ Der Staatssekretär Sr. Heiligkeit  
protestirt daher „indem er jede Regierung auffordert,  
von ihrem Einfluß Gebrauch zu machen, um zu ver-  
hindern, daß die neuerliche Unordnung, worüber er  
Klage führt, nicht zur vollendeten Thatsache einer in  
so ungerechter Weise und seit so langer Zeit zum Prä-  
judiz des Kirchenstaates und seines Souverains unter-  
nommenen Epoliation werde.“

In Serbien bereiten sich besorgnißerregende  
Dinge vor. Nach dem „Journal de Constantinople“  
haben mehrere in Belgrad residirende Consuln der  
fremden Mächte sich genöthigt gesehen, den Fürsten  
Milosch bezüglich des Verhaltens seiner Regierung im  
Hinblick auf die auswärtigen Angelegenheiten Vorstel-  
lungen zu machen, insbesondere haben sie ihn aufge-  
fordert, die seit einiger Zeit begonnene und den An-  
forderungen der Zeitverhältnisse so wenig entsprechende  
propagandistische Politik wie sie die in Bulgarien und  
Bosnien entdeckten Mänder darthun aufzugeben. Es  
scheint jedoch nicht, daß diese weisen Rathschläge Früchte  
getragen haben, da die neuesten Correspondenzen noch  
sehr ernste Thatsachen melden. So soll von den ehe-  
maligen Wällen der Stadt Belgrad eine gewisse An-  
zahl alter, der türkischen Regierung gehörender Kano-  
nen ohne Vorwissen desman Pascha's weggenommen  
worden sein. Die serbische Regierung ist bereits auf-  
gefordert worden, Genugthuung wegen dieses Aktes zu  
geben. Im weiteren Verlauf des Artikels deutet das  
Blatt darauf hin, daß Fürst Karagjorgewitsch Be-  
sürchtungen vor politischen Attentaten hege, wie sie in  
letzter Zeit in Constantinopel vorgekommen, und daß  
ferner die Rede von einer Abberufung des gegenwär-  
tigen serbischen Kapu-Knaja in Constantinopel sei,  
weil dieser sich nicht als blinder Anhänger der Dre-  
nawitsch gezeigt habe. Das „Sourn. de Const.“ meint,  
daß eine Intervention immer nothwendiger zu werden  
droht, falls nicht Fürst Milosch den letzten ausführli-  
chen Vorstellungen nachkommend einseht, daß die Zeit  
für immer vorüber ist in der eine Politik gleich der  
von ihm eingeschlagenen einem fürstlichen Hause Ga-  
rantien für einen Erfolg geben könne.

Die „Times“ vom 16. d. sagt, daß England seine  
Opposition gegen den Bau des Suezkanals auf-  
gebe. Dagegen sagt die „Morningpost“ vom 17. d.,  
die Einwilligung Englands in den Bau des Suez-  
kanals hiesse Negyppten von der Türkei zum Besten  
Frankreichs trennen; England unterstütze die Pforte  
bei ihrer desfallsigen Weigerung.

Entwurf einer Städte = Ordnung für das Kra-  
ukauer Verwaltungsgebiet. (Fortsetzung.)

### Sechstes Hauptstück.

Von der Wirksamkeit des Stadtmagistrats.

§. 108. Der Geschäftskreis des Stadtmagistrats  
zerfällt in zwei Theile:

A. Innere Gemeinde-Angelegenheiten und

B. Oeffentliche Gemeinde-Angelegenheiten.

§. 109. ad A. Die Geschäfte der ersten Art führt  
der Stadtmagistrat unter der Mitwirkung und Kon-  
trolle des Gemeinderathes.

Dieselben sind:

1. Die dem Magistrate rücksichtlich der Wahlen zur  
Gemeindevertretung obliegenden Amtshandlungen.

2. Die Verhandlungen über die Ernennung und die  
Dienstverhältnisse der Beamten und Diener bei  
dem Magistrate, den untergeordneten Aemtern und  
städtischen Anstalten.

3. Die Vertretung der Stadtgemeinde als solcher  
gegen außen, sowohl in bürgerlichen Rechtsgeschäften,  
als in dem Geschäftsverkehr mit den Verwaltungsbe-  
hörden des Staates, mit anderen Gemeinden und ein-  
zelnen Personen.

4. Die Verwaltung des Gemeineigentums und  
der zur Deckung der Gemeinderfordernisse eingeräu-  
mten Mittel in vollem Umfange.

5. Die gesammte Behahrung sowohl mit den der  
Stadtgemeinde unmittelbar gehörenden Geldern und  
Werthgegenständen, als auch mit jenen, die sie für  
Rechnung des Staates oder anderer Anstalten oder  
Personen übernimmt, aufbewahrt und abführt.

6. Die Leitung und Ueberwachung der Kassen und  
anderer zur Führung einer Verrechnung oder zur Ver-  
waltung anvertrauten Gutes bestimmten Aemter oder  
Hilfsanstalten.

7. Die Leitung des Armenwesens und die Hand-  
habung der für dasselbe bestehenden Einrichtungen.

8. Die Aufsicht, Leitung und Verwaltung aller  
Anstalten die auf Kosten der Gemeinde errichtet, oder  
von anderen für städtische Zwecke gegründet sind, in  
soweit bezüglich der letzteren der Stifter nicht eine  
andere Bestimmung getroffen hat.

9. Die Leitung des Bauwesens und die Obsorge  
für die Herstellung und Unterhaltung der Gemeinde-  
straßen, Wege, Brücken, Kanäle, Brunnen, Wasser-  
leitungen und anderen Anlagen, so wie der Ufer- und  
Schuttbauten an den der Gemeinde gehörigen Gewässern.

10. Die Handhabung der Vorkehrungen zur Rei-  
nigung der öffentlichen Wege und Plätze, zur Pflaster-  
ung und Beleuchtung.

11. Die Unterhaltung und Leitung der Feuerlösch-  
anstalten und überhaupt die Sorge für die Herstellung  
und Erhaltung aller im Interesse der Ortspolizei erfor-  
derlichen Anstalten und Einrichtungen und für die Vor-  
kehrungen zur Abwendung der die Sicherheit der Per-  
son oder des Eigentums durch Ueberschwemmung oder  
durch andere Elementarereignisse bedrohenden Gefahren  
und zur Unterstützung der Bedrängten in einem die  
Gemeinde treffenden Nothfalle.

12. Die Sorge für die Approvisionnement der Stadt.

13. Die Einleitung der gesetzlichen Schritte damit  
die zur Erfüllung dieser Obliegenheiten erforderlichen  
Geldmittel rechtzeitig aufgebracht werden.

14. Die Aufsicht über die Grenzen der Gemeinde-  
gemarkung.

§. 110. Ausfertigung, die im Namen der  
Gemeinde geschehen, müssen vom Bürgermeister oder vom  
ersten Stadtverordneten unterzeichnet werden. Urkun-  
den, durch welche Verbindlichkeiten der Gemeinde gegen  
dritte Personen begründet werden sollen, müssen vom  
Bürgermeister oder dem ersten Stadtverordneten und  
von einem anderen Stadtverordneten oder einem  
Magistratsrathe unterfertigt werden.

Betrifft die Urkunde ein Geschäft zu dessen Ein-  
gehung die Zustimmung des Gemeinderathes oder eine  
höhere Genehmigung erforderlich ist, so muß überdies  
diese Zustimmung oder Genehmigung in der Urkunde,  
unter Mitfertigung von zwei Gemeinderäthen ersichtlich  
gemacht werden.

§. 111. Der Magistrat berathet und beschließt  
in allen Gemeindeangelegenheiten, welche nicht dem  
Beschlusse des Gemeinderathes vorbehalten sind, er  
pflügt über die diesem Beschlusse vorbehaltenen Ge-  
genstände die Vorberatung und leitet sie, mit seinen  
Anträgen an den Gemeinderath.

§. 112. Der Magistrat hat die vom Gemein-  
derrathe gesetzmäßig gefassten Beschlüsse soweit solche  
einer höheren Genehmigung unterzogen werden müssen,

der vorgesehnen Behörde vorzulegen, sofern aber dies nicht erforderlich ist, oder die höhere Genehmigung erfolgt, in Vollzug zu setzen.

§. 113. Wenn eine zum Wirkungskreis des Gemeinderathes gehörige Gemeindeangelegenheit so dringender Natur wäre, daß der Beschluß des Gemeinderathes ohne großen Schaden und Gefahr für die Gemeinde nicht eingeholt werden könnte, so könne der Magistrat und wenn auch dessen Einvernehmung nicht thunlich wäre, der Bürgermeister, beide unter ihrer Verantwortung, die nöthige Verfügung treffen; es muß jedoch nachträglich die Zustimmung des Gemeinderathes und die etwa erforderliche höhere Bestätigung erwirkt werden.

§. 114. Der Magistrat hat jährlich für das nächste Verwaltungsjahr den Vorschlag der Einnahmen und Ausgaben der Gemeindekasse und der Gemeindeanstalten zu verfassen und denselben wenigstens drei Monate vor Beginn dieses Jahres dem Gemeinderathe zur Prüfung und Feststellung vorzulegen.

Vierzehn Tage vor dieser Prüfung ist der Vorschlag beim Magistrat zur Einsicht der Gemeindeglieder aufzulegen. Die von denselben hierüber mündlich zu Protokoll oder schriftlich abgegebenen Erinnerungen sind bei der Prüfung in Erwägung zu ziehen. Wenigstens einen Monat vor dem Beginne des Verwaltungsjahres muß der vom Gemeinderathe festgestellte Vorschlag der vorgesehnen Behörde vorgelegt werden.

§. 115. Längstens zwei Monate nach Beendigung des Verwaltungsjahres sind vom Magistrat, so wie von den Verwaltungen der Gemeindeanstalten, die in der Einnahme und Ausgabe gehörig belegten Jahresrechnungen dem Gemeinderathe zur Prüfung und Erledigung vorzulegen.

Vierzehn Tage vor dieser Prüfung sind die Rechnungen beim Magistrat zur Einsicht der Gemeindeglieder aufzulegen. Die von denselben hierüber mündlich zu Protokoll oder schriftlich abgegebenen Erinnerungen sind bei der Prüfung in Erwägung zu ziehen.

§. 116. Jährlich ist der vorgesehnen Behörde ein summarischer Auszug aus den, vom Gemeinderathe geprüften und genehmigten Jahresrechnungen nebst einem summarischen Ausweise über den Stand des Eigenthums der Gemeinde und der Gemeindeanstalten vorzulegen.

§. 117. ad B. In Absicht auf die öffentlichen Angelegenheiten, hat der Magistrat, als das für diese Geschäfte eingerichtete Amt innerhalb des Umfangs der Gemeindegemarkung,

1. in Bezug auf die politische Verwaltung in den, der Kreisbehörde unmittelbar untergeordneten Städten die Geschäfte des Bezirksamtes und den der Statthalterei untergeordneten Städten nebst diesen auch jene Geschäfte, welche der Kreisbehörde in erster Instanz zukommen, zu führen;

2. die Einhebung und Abfuhr der directen Steuern und Zuschläge durch die unterstehende Gemeindekasse zu besorgen;

3. in gerichtlichen Angelegenheiten,

a) Rechtsstreitigkeiten bis zu dem Betrage von 15 fl. unter dem in §. 119 angeführten Beschränkungen zu entscheiden und die Execution der gefällten Entscheidungen zu führen,

b) den Gerichten in Ausübung ihrer Functionen die im §. 119 vorgezeichnete Hilfeleistung zu gewähren.

§. 118. Rechtsstreitigkeiten (§. 117. 3. 3. a.) über einen 15 fl. nicht übersteigenden Betrag werden von dem Magistrat nach bestem Wissen und Gewissen endgiltig und ohne Freilassung eines weiteren Rechtszugs entschieden, wenn der Belangte in der Gemeindegemarkung seinen bleibenden Wohnsitz hat. Das Urtheil ist in die vorgeschriebenen Register einzutragen, aus welchen den Parteien auf Verlangen Ausfertigungen hinausgegeben sind. Die Executionsführung über solche Urtheile steht dem Magistrat nur in sofern zu, als dieselbe auf Fahrnisse und Früchte, die innerhalb der Gemeindegemarkung liegen geführt wird. Auf unbewegliche Sachen und sonstige Tabularakultäten, sowie auf unbewegliche Sachen außerhalb der Gemeindegemarkung bewilligt die Execution das zuständige Gericht.

§. 119. Die Hilfeleistung für gerichtliche Functionen §. 117. (3. 3. b.) besteht,

a) in der Abschätzung der Feldschäden, welche der Magistrat mit Beziehung zweier Schachtmänner aus der Gemeinde zu bewirken, und wobei der Magistrat, wenn der erbobene Schaden 15 fl. übersteigt, für die Sicherstellung der Entschädigung Seitens des Beschädigten Sorge zu tragen hat,

b) in der Aufnahme des Todesfalls bei Sterbefällen und Veranlassung der einseitigen Vorkehrung gegen Verschleppung des Nachlasses, dann für die Beforgung der Wittschaft und die Obhut über die Minderjährigen bis zur Entscheidung der Gerichte.

Die Commission der Vertrauensmänner zur Berathung der Gemeindeordnung in Lemberg hat am 15. d. ihre Arbeiten beschloffen. Sie hatte im Ganzen 22 Sitzungen gehalten.

## Oesterreichische Monarchie.

Wien, 17. December. Se. k. k. Apostolische Majestät und Ihre Majestät die Kaiserin haben dem St. Gregorius-Verein zur Unterstützung armer Studirender auch in diesem Jahre je 100 fl., zusammen 200 fl., allergnädigst zu spenden geruht.

Ihre Majestät die Kaiserin haben zu dem von Franz Anton Danningger am h. Weihnachtsabend vorbereiteten Christbaum für verarmte arbeitssfähige Krieger und deren Wittwen und Waisen dem obengenannten Gründer dieser Unterstützungsspenden

einen allerhöchsten Beitrag von 200 fl. übergeben zu lassen geruht.

Der Hr. Gouverneur = Stellvertreter in Dalmatien, FML. Freiherr v. Mamula, welcher bekanntlich an einem Augenerkrankt und sich derzeit bis zur Genesung in Sarold aufhält, befindet sich auf dem Wege der Besserung und dürfte vielleicht im Frühjahr seinen Posten wieder übernehmen können.

Der päpstliche Hauptmann Baron Brake ist von Rom hier angekommen. Derselbe soll beauftragt sein, die für die päpstliche Armee geworbenen Mannschaften nach dem Kirchenstaate zu führen.

Dem Centrale der k. k. Landwirtschafts = Gesellschaft zu Salzburg ist bekannt gegeben worden, daß das Ministerium in Berücksichtigung der dem Vereine zu Gebote stehenden fargen Mittel, die Landesculturzwecke mit Erfolg zu erstreben, eine Subvention von 500 fl. öst. W. zugesagt habe, welche im Jahre 1861 flüssig gemacht werden soll.

In Wiener Neustadt, Neunkirchen und deren Umgebung wird unter den dortigen Evangelischen die Einleitung getroffen, um daselbst eine eigene Pfarrgemeinde zu begründen. Bisher wurde der Gottesdienst in der schon lange erbauten evangelischen Kirche in Wiener Neustadt von den Predigern der Wiener Gemeinde jährlich viermal abgehalten.

Eine Abtheilung Gensdarmen des aufgelösten lombardischen Gensdarmen-Regiment Nr. 14 ist über Venedig hier eingetroffen. Dieselben haben die österr. reichlichen den jadinischen Diensten vorgezogen und wurden deshalb in das österr. Grenzgebiet abgedenkt.

Die „Prestburger-Zeitung“ meldet unterm 17. d. offiziell: „Die laut amtlicher Kundmachung in der „Prestburger-Zeitung“ vom 11. December d. J. zusammenberufene Berathungs-Commission in Gemeinde-Angelegenheiten, welche durch die Ausschreibung einiger Mitglieder und den Eintritt anderer eine Modification erfahren hat, hält am 27. d. M. die dritte Sitzung.“

Ueber die bereits erwähnten Vorgänge in Pest schreibt die „Pest. österr. Ztg.“: Die Senorate, welche bis zum Erscheinen des kaiserlichen Patentes vom 1. September l. J. die frühere Bergsuperintendenten der evangelischen Augsburgischer Confession bildeten, sind durch die Bestimmung des §. 26 dieses kaiserlichen Patentes verschiedenen Kirchendistricten zugewiesen worden.

Obwohl hiebei der bisherige Verband dieser Senorate zu einer Superintendenz rechtlich aufgehört und das Bacs-Syrmer und Banater Seniorat thatsächlich auch bereits seine Constituirung als besondere Superintendenz begonnen hat, das Soher aber seine Dankadresse für das gedachte kaiserliche Patent unterbreitete, hatte der Senior des Pesther Komitats-Seniorates Michael Esterghály dennoch die sämtlichen zur bisherigen Bergsuperintendenten gehörigen Senorate zu einem am 15. l. M. zu Pest abzuhaltenen Superintendential-Convent der früheren Bergsuperintendenten eingeladen.

Von diesem doppelt ungeklärten Schritt des Seniors Esterghály in Kenntniß gesetzt, hat der vorgesezte Superintendential-Administrator Josef v. Komáromy die geschehe Ausschreibung dieses Conventes durch den hiezu eingeladenen Senioraten widerrufen und gleichzeitig dem Senior Esterghály diese Wiederholung ebenfalls anempfohlen, so wie denselben wegen seines ungeklärten Vorganges zur Rechtfertigung und Verantwortung gezogen.

Ungeachtet dieser geschehen Abmachungen haben sich Abgeordnete einiger zur früheren Bergsuperintendenten gehörigen Senorate am gestrigen Tage (15ten) ungefähr 1/2 10 Uhr Morgens im Saale des Pesther evangelischen Schulgebäudes versammelt und ohne Rücksicht darauf daß drei Senorate sich von der früheren Berg-Superintendenz bereits losgetrennt haben, die bisherige Berg-Superintendenz also thatsächlich bereits aufgelöst erscheint, auch nur die Abgeordneten von fünf Senioraten erschienen waren, sich dennoch als angeleglicher Superintendential-Convent der bisherigen Berg-Superintendenz konstituirte, wurden jedoch an der Abhaltung der Versammlung durch die behördliche Auforderung, die Versammlung aufzulösen, gehindert, welcher Auforderung die Anwesenden Folge leisteten und sich noch vor zehn Uhr entsetzten. Die geschehen Schritte werden diesfalls eingeleitet. — Gestern um 9 Uhr Morgens fand in der Römisch-katholischen Stadtpfarrkirche ein requiem anniversarium für den verstorbenen berühmten Dichter Kisfaludy statt.

Nach Beendigung des Requiems, ungefähr halb 11 Uhr Vormittags, scheint sich ein Theil der beim Requiem Anwesenden in die gestern abgehaltenen beabsichtigte Versammlung der Abgeordneten einiger Seniorate der früheren Berg-Superintendenz am Kohiplake haben begeben wollen, wo jedoch Niemand mehr zu gegen war. — Aus diesem Grunde blieben dieselben vor dem evangelischen Schulgebäude stehen, und es füllte sich allmählig der Platz mit einer neuerigen Volksmenge, so daß sich der anwesende Polizeibeamte veranlaßt fand die versammelte Menge zum Auseinandergehen aufzufordern und den Platz durch die Polizeiwache langsam räumen zu lassen, wobei die Arretirung eines jungen Menschen wegen einer unanständigen Aeußerung stattfand.

Den akademischen Studirenden der Pesther Universität wurde aus Anlaß der obigen Vorfälle dem Universitäts-Senat officiell und mit wiederholter ernstlicher Ermahnung in Erinnerung gebracht: daß sie im Sinne der §§. 68—78 der akademischen Gesetze unter sich keine Corporation sind, folglich sich auch jeder in diesem Sinne zu deutenden Handlungen, Zusammenkünfte und Demonstrationen fernhalten genau zu enthalten haben — und daß jede weitere Nichtbeachtung dieser Ermahnung die gesetzlichen Folgen für den Betreffenden unanständig nach sich ziehen werde.

Ueber Seniorats = Beschlüsse der evangelischen Ge-

meinden in Ungarn haben wir folgendes nachzutragen: Wie der „Pest. U.“ meldet, haben am 6. d. das Barscher Seniorat A. C., am 7. das gleiche Seniorat zu Balassa-Syarmath, am 11. die deutsche Gemeinde der Evangel. A. C. in Pest, so wie die evangelische Gemeinde in Ofen sich den Beschlüssen des Kasmarker Districtualconvents angeschlossen. In Balassa-Syarmath war, wie der „Pest. U.“ schreibt, die Versammlung so zahlreich, wie eine solche wohl noch nie dort stattgefunden, die Intelligenz des ganzen evangelischen Seniorats, viele Reformirte und Katholiken waren zugegen und folgten den Berathungen mit der größten Aufmerksamkeit. Das k. k. Patent vom 1. Septbr., so wie die Verordnung des h. k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 2. Sept. wurde abgeleht. Die Redner geistlichen und weltlichen Standes stützten ihre Beweisführung auf §. 4 des 26. Gesetzartikels vom Jahre 1790/l. Das Seniorat hat beschlossen, ein Bittgesuch an Se. k. k. Majestät zu richten, worin allerhöchstdieselben unterthänig gebeten werden, das Patent suspendiren und die Abhaltung einer Synode allergnädigst erlauben zu wollen. — In Barsh, wo die Berathung des Seniorats unter Vorsitz des Inspectors Joseph v. Kostolányi und Sr. Hochw. des Seniors Joseph von Kossányi stattfand, waren nach dem Bericht des „Pest. Lloyd“ sämtliche Gemeinden des Comitats zahlreich vertreten und zu diesem Zwecke eingeladen worden, um für den nächstens in Pestburg oder Schennitz abzuhaltenen Pestburger Superintendential-Convent, dem das Barscher Seniorat zufolge des a. h. Patentes vom 1. September und Ministerial-Erlasses vom 2. Sept. einverleibt werden soll, einen Deputirten zu wählen. Sr. Hochw. der mitpräsidirende Herr Senior schilderte die Vortheile, welche das allerhöchste Patent den Protestanten Ungarns sichert, und ebenso die Verantwortlichkeit, welche aus dessen Nichtbefolgung dieselben treffen kann; allein demungeachtet ward einstimmig durch sämtliche weltliche und geistliche Mitglieder beschlossen: bevor irgend ein Abschnitt des allerh. Patentes durch die Gemeinden oder bezüglichen kirchlichen Beamten zur Wirksamkeit eingeführt würde, Sr. k. k. Apost. Majestät eine unterthänigste Adresse zu unterbreiten, welche im Sinne schon der bekannten Adressen des Heiß-Districtes des Pesther Seniorats verfaßt wäre. Zu Folge ämtlicher Aufforderung des Pesther Seniorats wurden ferner, obgleich die Geseklichkeit derselben gleichfalls durch Sr. Hochw. den mitpräsidirenden Herrn Senior angefochten ward, einstimmig sowohl aus dem weltlichen als geistlichen Stande Deputirte für den am 15. d. Mts. abzuhaltenen Districtualconvent der Montanuperintendenten erwählt.

Im Trentschiner Seniorat, meldet das „Evangelische Wochenblatt“, sind die Gemeinden bereits größtentheils im Sinne des kaiserlichen Patentes vom 1. September und der provisorischen Verordnung vom 2. September organisirt und die Presbyterien beieidigt; dagegen wurde im Schennitzer Kirchenpresbyterium auf Veranlassung des bevorstehenden Honther Senioratconventes zwar der Inhalt des kaiserlichen Patentes vom 1. September, als den Wünschen der Evangelischen entsprechend einstimmig anerkannt, jedoch auf Basis des 26. Artikels von 1791 durch Stimmenmehrheit beschlossen, das Patent nur als eine huldreiche kaiserliche Proposition zu betrachten, die durch eine demnächst zu berufende Synode in Verhandlung zu nehmen wäre. Der Vorschlag des Doppelpräsidiums: die Vertretung der Kirche sogleich auf Grundlage des Patentes vom 1. September, jedoch mit Umgehung der Ministerialverordnung vom 2. September provisorisch zu organisiren, und durch die daraus hervorgegangene Synode das kaiserliche Patent im Wege der kirchlichen Gesekgebung zur definitiven Geltung zu bringen, blieb in der Minorität.

## Deutschland.

Wie eine telegraphische Depesche aus Frankfurt meldet, wurden in der Bundestagsitzung vom 17. d. die Würzburger Anträge gestellt auf: Veröfentlichung der Bundesverhandlungen, gemeinsame Civil- und Criminalgesetzgebung, gleiches Heimats- und Anfassungsgesetz, Revision der Bundeskriegsverfassung durch organische, nicht numerische Verstärkung der Bundesarmee, Küstenbefestigung der Nord- und Ostsee. (Die für den 15. d. (Donnerstag) fällige Bundestagsitzung wurde auf Sonnabend verschoben, weil mehrere der Bundestagsgeandten den Eröffnungsfeierlichkeiten der rheinischen Eisenbahn von Koblenz nach Barmen beiwohnen wollten.) Die Bundesferien dauern bis zum 5. Januar.

Die „Preussische Zeitung“ bringt einen Artikel über den Rücktritt des General v. Bonin, welches besagwerthe Ereigniß man als einen den konstitutionellen Charakter der preussischen Regierung in Frage stellenden Hergang auszubedenken versucht habe. Es sei unwahr, daß dem seit vielen Monaten im Kriegsministerium bearbeiteten Reformplan, den der General von Bonin den Grundzügen nach bereits Ende August dieses Jahres an Allerhöchster Stelle vorlegte, neuerdings ein anderer Plan entgegengesetzt worden sei. Es sei unwahr, daß der Plan des Generals von Bonin sechshunderttausend Thaler oder sechs Millionen Thaler jährlich erfordert haben würde, der diesem entgegengesetzte neun oder zehn Millionen Thaler jährlich erfordere. Nur über die Standorte und die Formation der Truppen, über die größere oder geringere Stärke der Truppentheile usw. hätten Differenzen stattgefunden. Das Wesentliche derselben betraf die Stärke, in welcher das Heer im Kriege auftreten soll — sie mußte die bisherige bleiben — und die Kriegsbereitschaft der Landwehr in der neuen Organisation des Heeres. In dieser Frage wichen die von dem General von Bonin projectirten Aenderungen weiter von dem bisherigen Charakter dieser Institution ab als die entgegenstehende Ansicht. Es sei unwahr, daß es die

Absicht gewesen sei, die Umwandlung der Heeresverfassung, insoweit dieselbe eine Abänderung der bestehenden Gesetze erfordere, ohne die Zustimmung der Landesvertretung vorzunehmen. Es sei eben so unwahr, daß dem General von Bonin angefohnen worden sei, einen andern Entwurf der Reform als den seinigen der Landesvertretung vorzulegen. Herr von Bonin habe indessen in einem Stadium der Berathung sein selbstständiges Ermessen wahren zu müssen geglaubt, in welchem die Frage: ob die Reform der Wehroverfassung genau in der von ihm vorgeschlagenen oder in einer in einigen Punkten davon abweichenden Gestalt vorgelegt werden solle, noch von Vorarbeiten abhängig war. In diesem Stadium der Sachlage habe General von Bonin seine Entlassung gefordert. Eben so unrichtig und tendenziös, als die eben gerügten Angaben über den Rücktritt des Generals von Bonin, sei die mehr oder minder accentuirte Hindeutung gewisser Blätter auf den politischen Gegensatz, in welchem sich General von Bonin und sein Nachfolger befinden sollen.

Die egl. preuß. Hofbeamten, welche nach England gereist waren, um in Bad Torquay eine Wohnung für Se. Majestät den König von Preußen zu miethen, sind auf telegraphische Weisung nach Berlin zurückgekehrt. Die Reise des Königs nach England unterbleibt.

Auch die Magdeburger und die Danziger Kaufmannschaft sind dem in Bremen aufgestellten Grundsatz der Unverletzlichkeit des Privateigenthums zur See in Kriegszeiten beigetreten und haben beschlossen, die Regierung zu ersuchen, daß sie die Durchführung desselben mit Nachdruck fördere. Die englischen Blätter sind übrigens der Bewegung für die Verbesserung des Seerechts nicht alle so feindlich, als die „Times“ in ihrem neulichen Artikel; das bekannte Handelsorgan, die „Shipping Gazette“, beobachtet sogar eine dem obigen Grundsatz günstige Haltung.

Der Mecklenburg'sche Landtag hat am 15. d. den Antrag: Der Engere Ausschuss möge die Regierungen ersuchen, mit den Ständen auf nächstem Landtage Verhandlungen zu eröffnen, betreffend eine den Bedürfnissen entsprechende Revision event. Veränderung der jetzt geltenden verfassungsmäßigen Bestimmungen, mit 50 Stimmen gegen 11 abgelehnt.

Der Vorstand der Nationalvereins hielt kürzlich wieder seine regelmäßige Monatsitzung. Wie man hört, soll denselben noch immer die Organisation des Vereins beschäftigen. Aus Kurhessen waren bis zum vorigen Monat die meisten Beitrittserklärungen eingegangen. Von Interesse dürfte die Notiz sein, daß der vormalige weimarische Minister v. Wydenburg, welcher jetzt in München lebt, in einem Schreiben an das weimarische Mitglied des Vereinsvorstandes, Rechtsanwalt Fries, sich sehr entschieden gegen den Verein und namentlich gegen die preussische Hegemonie des Eisener Programms ausgesprochen hat.

Von den katholischen Studenten an der Universität Bonn wird ebenfalls eine Adresse an den Papst unterzeichnet, welche die Vorgänge in den Legationen auf das Entschiedenste mißbilligt.

Wie bairische Blätter melden, hat das k. Kriegsministerium dem seit einigen Wochen in München anwesenden englischen Capt. Charles Tobias die Erfindung eines Pistols abgekauft, das derart eingerichtet ist, daß mit demselben in einer Minute zwölf Schüsse gemacht werden können, da die von hinten vor sich gehende Ladung sehr wenige Tempos nöthig macht. Der gezogene Lauf bedarf erst nach 400 Schüssen des Reinigens; die Brautweise ist eine sehr große. Die neue Waffe ist sofort anzufertigen und bei allen bairischen Cavallerieregimentern einzuführen.

## Frankreich.

Paris, 15. December. Ueber die Antrittsaudienz des neuen österreichischen Botschafters Fürsten Metternich berichtet der „Moniteur“: „Der Fürst von Metternich = Winneburg hatte gestern die Ehre, vom Kaiser in öffentlicher Audienz empfangen zu werden, und ihm seine Beglaubigungsschreiben als außerordentlicher Gesandter Sr. k. k. Apostol. Majestät zu überreichen. Se. E. der Gesandte richtete folgende Worte an den Kaiser: „Sire, der Kaiser, mein Herr, als er mich zu seinem Gesandten bei S. k. M. zu ernennen geruhte, trug mir besonders auf, Sie von dem Werthe zu überzeugen, welchen er Ihrer persönlichen Freundschaft beilegt. Nichts würde meinem erhabenen Herrscher angenehmer sein, als die Beziehungen guten Einverständnisses und inniger Freundschaft, an welche die allgemeinen Interessen Europa's sich eng knüpfen, sich mehr und mehr vervollständigen und befestigen zu sehen. Ich meinerseits, glücklich und stolz, wenn meine Bemühungen zur Erhaltung des vollkommensten Einverständnisses zwischen den beiden Regierungen beitragen könnten, wage Er. Majestät zu bitten, mir das hohe Wohlwollen zu bewahren, von dem Sie mir schon so kostbare Beweise gegeben hat. In der Hoffnung, daß Er. Maj. diesen Wunsch erhören, und fortfahren wird, mir dieselbe Güte und daselbe Vertrauen zu bezeigen, habe ich die Ehre, Ihre mein Beglaubigungsschreiben zu überreichen.“ Der Kaiser erwiderte: „Ich habe die feste Hoffnung, daß die so glücklich wiederhergestellten Beziehungen zwischen dem Kaiser von Oesterreich und mir durch die aufmerksamste Prüfung der Interessen der beiden Länder nur noch freundlicher werden können. Seitdem ich den Kaiser gesehen habe, lege ich meinerseits seiner persönlichen Freundschaft einen großen Werth bei. Eine aufrichtige Verständigung zwischen uns, ich zweifle nicht daran, wird dessen die Wahl eines Vertreters erleichtert werden, dessen verständlicher Charakter wohl bekannt ist, und der so viel Recht auf mein Vertrauen und meine Achtung hat.“ — Fürst Metternich wird für diesen Winter noch das bisherige österreichische Gesandtschaftshotel benutzen und erst im Frühjahr ein von ihm gekauftes





Amtsblatt.

3. 9267. Edict. (1101. 3)

Vom Tarnower k. k. Kreisgerichte wird bekannt gemacht, es werde zur Befriedigung der, der Fr. Melania Olearska...

- 1. Die Güter Czarna werden ohne Urbartal-Entschädigung verkauft und zum Ausrufspreise wird der erhobene Schätzungswert...

Es versteht sich von selbst, daß der Käufer alle mit diesen Gütern verbundenen Grundlasten vom Tage des erlangten physischen Besitzes...

mit Substituierung des Hrn. Advokaten Dr. Rosenberg bestellten Curotors verständigt.

N. 9267. Obwieszczenie. C. k. Sąd obwodowy Tarnowski wiadomo czyni...

ze na zaspokojenie summy należącej Pani Melanii Olearskiej wynoszącej 413 zlr. 35 1/2 kr. mk. albo 434 zlr. 27 kr. w. a. wraz z kosztami egzekucyjnymi...

- 1. Dobra Czarna będą sprzedane bez wynagrodzenia indemnizacyjnego, jako summa pierwszego wywołania wzięta jest cena szacunkowa w kwocie 12049 zlr. 16 kr. mk. albo 12651 zlr. 73 kr. w. a.

O tej licytacji zawiadamiają się obie strony i wszyscy hypotekowami wierzyciele z pobytu wiadomi do rąk własnych...

3. 2957. civ. Edict. (1109. 3)

Vom Neu-Sandez k. k. städt. deleg. Bezirks-Gerichte wird hiemit bekannt gemacht, es sei über Einschreiten der k. k. Finanz-procuratur Namens des hohen Aersars zur Befriedigung der Urtheilsgeldgebühr pr. 2 fl. CM. sammt der hievon seit 4. April 1858 gebührenden 5% Verzugszinsen...

- 1. Zum Ausrufspreise wird der Nominalwerth pr. 2000 fl. oder 500 fl. WB. oder 200 fl. CM. oder 210 fl. ö. W. angenommen.

N. 2957. Obwieszczenie. C. k. Sąd delegowany powiatowy w Nowym Sączu podaje niniejszym do powszechnej wiadomości...

finansowej w imieniu wysokiego Skarbu na zaspokojenie wyrokowej tacy w kwocie 2 zlr. mk. wraz z 5% odsetkami zwłoki od dn. 4. Kwietnia 1858 r. przypadającymi, dalej na zaspokojenie należności stepłowej w kwocie 2 zlr. mk. wraz z 5% odsetkami zwłoki od dnia 19. Grudnia 1857...

- 1. Cenę wywołania stanowić będzie wartość nominalna powyższej summy 2000 zlp. czyli 500 zlr. ww. czyli 200 zlr. mk. czyli 210 zlr. w. austr.

- 5. Gdyby zaś nabywca któremukolwiek z warunków licytacji zadosyć nie uczynił, wówczas summa wyz oznaczona na jego koszt i stratę w jednym terminie za jakokolwiek cenę sprzedana, a wadyum przez niego złożone na rzecz wierzycieli za przepade uznaniem zostanie.

N. 16754. Edict. (1142. 3)

Vom k. k. Landesgerichte in Krakau, wird auf Ansuchen der Eheleute Nicolaus und Maria Jawornicy zur Befriedigung der Summe pr. 14,856 fl. sammt 4% Zinsen vom 9. Juli 1855, Gerichtskosten pr. 11 fl. CM. den schon mit 4 fl. CM. zuerkannten und den jetzt im gemäßigten Betrage von 16 fl. 92 kr. ö. W. zugesprochenen Executionskosten...

- 1. Zum Ausrufspreise wird der Nominalbetrag dieser Summe pr. 9403 fl. 18 gr. oder 2350 fl. 90 kr. ö. W. angenommen, und dieselbe weder beim ersten noch zweiten, sondern erst beim dritten Feilbietungstermine unter diesem Betrage hintangegeben werden.

für dieselben hiemit aufgestellten Curator Hrn. Advokaten Dr. Machalski, dem der Hr. Advokat Dr. Grünberg substituirt wird, verständigt.

Krakau, am 29. November 1859.

### N. 16754. Obwieszczenie.

C. k. Sąd krajowy w Krakowie, podaje do powszechniej wiadomości, iż na żądanie Mikołaja i Maryi Jawornickich, celem zaspokojenia summy 14856 złp. wraz z procentami 4% od dnia 9go Lipca 1855 bieżącymi, tudzież kosztów sądowych i egzekucyjnych w kwocie 32 złr. 67 kr. w. a. przyznanych — licytacja summy 9403 złp. 18 gr. z większej summy 10,980 złp. pochodzącej, a na realności Nr. 333 Gm. III. w Krakowie położonej w księdze głównej Gm. III. vol nov. 2 p. 554 n. 17 on. na rzecz massy Jana hr. Parysa zahipotekowanej — w trzech terminach, t. j.: 20. Stycznia, 17. Lutego i 16. Marca 1860 r. każdą razą o godzinie 10tej zrana pod następującymi warunkami przedsięwziętą będzie:

1. Kwota tej summy 9403 złp. 18 gr. albo 2350 złr. 90 kr. w. a. ustanawia się jako cena wywołania; summa ta ani przy pierwszym ani przy drugim, lecz dopiero przy trzecim terminie licytacyjnym poniżej tej kwoty sprzedana będzie.
2. Każdy chęć kupna mający złoży na ręce komisy licytacyjnej 10. część powyższej kwoty t. j. 235 złr. 9 kr. w. a. jako wadium w gotówce, albo w c. k. austriackich publicznych papierach kredytowych, a to wedle kursu, który jednakże nominalnej wartości przewyższać nie może.
3. Wadium najwięcej ofiarującego zatrzyma się, a innym licytantom zaraz po ukończeniu licytacji zwróci się.
4. Najwięcej ofiarujący będzie obowiązany, pierwszą trzecią część zaoferowanej ceny kupna w gotówce z wrachowaniem w gotówce złożonego wadium, w przeciągu dni 30. po doręczeniu rezolucji potwierdzającej akt licytacji do rąk Sądu złożyć.
5. Drugie dwie trzecie części ceny kupna zostaną przy nabywcy i na nabytej summie z obowiązkiem opłacania procentów 5% zabezpieczone zostaną. Również obowiązany będzie nowonabywca tych wierzycieli tejże summy, którzyby swoją należność przed umówionym terminem wypowiedzenia przyjąć niechcieli, w miarę zaoferowanej ceny kupna, na siebie przyjąć, innych zaś wierzycieli według tabeli płatniczej, w przeciągu dni 30. jak ta prawomocną się stanie zaspokoić.
6. Skoro tylko nabywca pierwszą trzecią część ceny kupna złoży, wydanym mu zostanie dekret dziedzictwa nabytej summy, a tenże jako właściciel tejże zaintabulowany zostanie, wszystkie zaś ciężary zostaną wyextabulowane i na cenę kupna przeniesione. Koszta intabulacji nowonabywca z własnych funduszy poniesie.
7. Nowonabywca będzie obowiązany, od reszty ceny kupna u niego pozostałej, 5% w półrocznych ratach z dołu do sądu na rzecz wierzycieli hipotecznych tejże summy składać.
8. Gdyby nabywca któregokolwiek bądź warunku licytacji niedopełnił, na tenczas summa nabyta, na jego koszt w jednym terminie licytacyjnym za jakakolwiek bądź cenę sprzedana będzie.
9. Od dnia licytacji należą do nabywcy wszelkie zaległe i dalsze procenta po 5% od nabytej summy.
10. Wyciąg hipoteczny powyższej summy wolno przejrzeć w tutejszo-sądowej registraturze.

O rozpisanie tej licytacji zawiadamiają się: Mikołaj i Marya Jawornicki, c. k. finansowa prokuratora w imieniu Skarbu i zakonu PP. Wzytek w Krakowie, zakon OO. Pijarów w Królestwie Polskim przez generała prokuratora Królestwa Polskiego na ręce adwokata p. Dra Slotwińskiego, niewiadomi z miejsca pobytu spadkobiercy po Janie hr. Parysie, jakoto: Marcin Parys, Adam Parys, Eleonora Horodyska, Felicya Matczyńska, Justyna Parys i Emanuel Drohojewski na ręce kuratora p. adwokata Dra Balko, p. Ludwika Pieterkiewicz, jako właściciela realności pod L. 333 Gm. III. w Krakowie położonej, tudzież wszyscy wierzyciele, którzyby z prawami swemi po dniu 20. Października 1859 do hipoteki weszli, lub którym terazniejsza uchwała z jakiegobądź przyczyny doręczoną być nie mogła przez kuratora tymże w osobie p. adwokata Dra Machalskiego z zastępstwem p. adwokata Dra Grünberg jednocześnie nadanego.

Krakau, dnia 29. Listopada 1859.

derartigen Vorgang auch fernerhin zu gestatten, nur hat derselbe unter nachstehenden Vorbehalten zu geschehen.

Aus den insicrierten Stallungen darf nur durchaus gesundes, somit lediglich der Gefahr einer Ansteckung ausgefesselt gewesenes Rindvieh nach Wien, und zwar ausschließlich nur auf der Eisenbahn transportirt werden. Derartige Triebe sind ein verlässlicher Begleiter beizugeben, der mit einem Certificate zu versehen sein hat, in welchem der Umstand ausdrücklich bemerkt sein muß, daß die von ihm begleiteten Thiere aus einem Seuchenställe herühren.

Von diesem Umstande ist auch die Inspection jener Eisenbahn Station in Kenntniß zu setzen, auf der die Rinder verladen werden sollen, um sie von anderen Rindern abzusondern und in Wägen zu schaffen, die auch während des Zuges von anderen mit Hornvieh beladenen entfernt sind.

Ihre Ausladung hat aber nicht in Florisdorf, sondern auf dem Wiener Hauptstationsplatze zu geschehen, von wo sie sodann als thunlich und unter Begleitung auf die für verdächtiges Vieh bestimmten Plätze der Wiener Schlachtviehmarktes zu treiben sind.

Der Verkauf dieser Thiere, jedoch nur für die Consumption in Wien, kann entweder von dem Eigenthümer oder dessen Stellvertreter geschehen, oder ist da, wo das Commercial-Verkaufsbüro ist, durch den Director des Schlachthauses zu St. Marx zu vermitteln, der übrigens auch angewiesen ist, über Ansuchen der Parteien auch bei Privatverkäufen hilfreiche Hand zu bieten.

Es wird daher immer rathlich sein den Begleitern derartiger Triebe auch Schreiben an bezeichneter Direction mitzugeben.

Es versteht sich übrigens von selbst, daß von auf dem Transporte erkrankten Thieren nur jene Theile werden verworfen, deren Veräußerung die allgemeinen und veterinär-polizeilichen Vorschriften zulässig machen.

Dieses mit der Aufschrift des k. k. Statthalterei-Präsidentiums vom 28. v. M. 3. 4577 präas. anher bekannt gegeben Zugeständniß wird hiemit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Von der k. k. Landesregierung.  
Krakau, am 6. December 1859.

### N. 12839. Edict. (1144. 3)

Vom Tarnower k. k. Kreisgerichte wird bekannt gemacht, daß zur Vornahme der von dem Lemberger k. k. Landesgerichte unterm 20. September 1859 3. 39082 zur Herbeibringung der Forderung des galiz. ständ. Creditvereines pr. 15,983 fl. 23 kr. EM. sammt 4% Zinsen vom 1. Juli 1856 angefangen, dann 1/4% Administrationskosten pr. 8 fl. 21 kr. EM., dann der 4% von den einzelnen seit dem 1. Juli 1856 bis zum Zahlungstage in den Beträgen von je 417 fl. 30 kr. EM. rückständigen, und jedes halbe Jahr weiter bis zur executiven Zahlung des Capitals in den gleichen Beträgen von 417 fl. 30 kr. EM. laufenden Raten, von jeder einzelnen fälligen Rate vom Verfallstage zu berechnenden Verzugszinsen, endlich der mit 22 fl. 45 kr. EM. ausgewiesenen Nebengebühren und der mit 28 fl. 43 kr. österr. Währ. zugesprochenen Executionskosten bewilligten executiven Forderung der, der Karoline Gräfin Krasicka verheiratheten Skorupka gehörigen Güter Wojków mit dem Vorwerke Annopol, Domaszyny, Maydan, Zaduszynki und Ostrów sammt dem Vorwerke Urszulinek, Tarnower Kreises. zwei Termine, und zwar auf den 13. Februar und 12. März 1860 jedesmal um 10 Uhr Vormittags anberaumt, und zu demselben die Kauflustige mit dem Beifügen vorgeladen werden, daß an diesen zwei Terminen jene Güter nur über oder wenigstens um den Schätzungswert pr. 67,105 fl. 19 3/4 kr. EM. hintangegeben werden, dann, daß das Vadum mit 6710 fl. 32 kr. EM. oder 7046 fl. 6 kr. ö. W. baar, oder in galizischen Sparfahbücheln, in galizisch-ständischen Pfandbriefen oder in galiz. Grundentlastungs-Obligationen mit Coupons nach dem letzten Curserwerthe zu erlangen ist, und daß für den Fall, als jene Güter an diesen zwei Terminen nicht an Mann gebracht würden, nach vorläufiger Einvernehmung der Saßgläubiger mit der Ausschreibung des dritten Feilbietungstermines vorgegangen würde, bei welchem jene Güter auch unter dem Schätzungswert, jedoch nur um einen zur Befriedigung der vorstehenden Forderung des galiz.-ständischen Creditvereines zureichenden Kaufschilling unter Beobachtung des §. 433 der G. D. werden veräußert werden, endlich die ausführlichen Licitationsbedingungen und der Landtafelauszug jener Güter hiergerichts eingesehen werden können.

Wobon alle diejenigen Stäubiger welche nach dem 31. Mai 1859 ein Hypothekrecht erwerben sollten, oder denen der Feilbietungsbescheid aus was immer für einem Grunde nicht zugestellt werden sollte, zu Händen des in der Person des hiesigen Advokaten Hrn. Dr. Kaczkowski mit Substituirtung des Hrn. Dr. Rosenberg bestellten Curator verständigt werden.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichts.  
Tarnów, am 6. October 1859.

### Nr. 12839. Obwieszczenie.

C. k. Sąd obwodowy Tarnowski uwiadamia, że w skutek uchwały c. k. Sądu krajowego Lwowskiego z dnia 20. Września 1859 L. 39082 na zaspokojenie wierzytelności galic. stan. Towarzystwa kredytowego w summie 15,983 złr. 23 kr. mk. z odsetkami 4% od dnia 1. Lipca 1856 bieżącymi, z 1/4% kosztami administracji w kwocie 8 złr. 21 kr. mk. i z odsetkami 4% od każdej od 1. Lipca 1856, aż do dnia wypłaty w kwocie 417 złr. 30 kr. mk. zaległej, a półrocznie aż do zupełnej wypłaty kapitału w tejże samej kwocie 417 złr. 30 kr. mk. bieżącej raty, z prowizją od dnia zapadnięcia każdej raty obliczyć się mającą,

na koniec z przynależnościami w kwocie 22 złr. 45 kr. mk. wykazanemi i kosztami egzekucyjnymi w kwocie 28 złr. 43 kr. w. a. przyznanemi, egzekucyjna sprzedaż p. Karoliny Hr. Krasickiej zamężnej Skorupka własnych w obwodzie Tarnowskim leżących dóbr Wójków z folwarkiem Annopol, Domaszyny, Majdan, Zaduszynki i Ostrów z folwarkiem Urszulinek w tutejszym c. k. Sądzie w dwóch terminach, to jest: 13. Lutego i 12. Marca 1860 każdą razą o godzinie 10tej przedpołudniem się odbędzie.

Chęć kupienia mających zwraca się uwagę szczególnie na to, że dobra te w pierwszych dwóch terminach tylko wyżej lub w cenie szacunkowej 67,105 złr. 19 3/4 kr. mk. sprzedane będą, jako zakład złożyć się należy 6710 złr. 32 kr. mk. czyli 7046 złr. 6 kr. w. a., a to albo w gotówce, albo w książeczkach gal. kasy oszczędności, w listach zastawnych gal. stan. Towarzystwa kredytowego, lub w gal. obligacjach indemnizacyjnych podług ostatniego kursu; na koniec nadmieniamy, że jeżeliby w pierwszych dwóch terminach licytacyjnych dobra te nawet w cenie szacunkowej sprzedane być nie mogły, natenczas po poprzednim wysłuchaniu hipotecznych wierzycieli wyznaczy się trzeci termin licytacyjny, w którym nadmieniione dobra stósownie do §. 433 U. S. nawet niżej ceny szacunkowej, jednak za taką cenę sprzedane będą, któraby na zaspokojenie powyższej wierzytelności gal. stan. Towarzystwa kredytowego wystarczała. Warunki licytacji tej i ekstrakt tabularny wolno każdemu w tutejszym c. k. Sądzie przejrzeć.

Ostatecznie wyznacza się dla wszystkich tych wierzycieli, którzyby po 31. Maja 1859 do tabuli weszli, albo którymby terazniejsza uchwała licytacyjna nie mogła być doręczoną za kuratora p. adwokata krajowego Dr. Kaczkowski z substytucją p. adwokata krajowego Dra Rosenberga, któremu zarazem wspomniona uchwała doręcza się.

Z Rady c. k. Sądu obwodowego.  
Tarnów, dnia 6. Października 1859.

### 3. 22355. Kundmachung. (1108. 3)

Vom Magistrat der k. Hauptstadt in Krakau wird hiemit allgemein verlautbart, daß nachstehende gesunde Effecten sich in hiertiger Verwahrung befinden:

1. eine Tasche mit drei Schulbüchern,
2. 9 Stück Uhrenschlüssel,
3. zwei Stück Schlüssel,
4. ein Paar Kaloschen,
5. ein Regenschirm,
6. ein Civil-Winter-Paletot,
7. eine Zigarrentasche,
8. 2 eiserne Töpfe ein Kastrol und eine Flasche,
9. ein wollener Schwal und ein kurzes Pfeifenrohr,
10. ein Paar Summikaloschen,
11. ein Paar
12. ein Schnupftuch,
13. eine grünwollene Reisetasche,
14. eine kleiner Korb,
15. ein Sonnenschirm,
16. ein Fußsack,
17. eine Reisetasche,
18. ein grünes Schwaltuch,
19. ein Paar Winterstiefel,
20. eine Winterkappe,
21. ein Winterhwal,
22. ein Damenmuff,
23. ein Schnupftuch,
24. drei Stück Schlüssel,
25. eine lederne Geldtasche mit 1 fl. ö. W.
26. eine Banknote à 1 fl.
27. ein Damenschirm,
28. ein Damen-Stockschirm,
29. ein Rohrstock,
30. eine Chatulle,
31. ein alter Sack,
32. eine baumwollene Kinderjacke,
33. ein Schilfrohrkorb,
34. ein Männer-Schwal,
35. eine Wintermüße,
36. Regenschirm,
37. ein Spazierstock,
38. ein Reiseanhängtaschel,
39. ein griechisches Buch,
40. eine Rolle,
41. ein Männerhut,
42. eine Wintermüße u. ein schwarzer Männerhut,
43. eine Sommermüße,
44. ein Sack,
45. ein Packet enthaltend Wäschkleidungsstücke,
46. ein Pelzfussack,
47. eine Damenjuppe,
48. ein Ueberzugsack,
49. eine Feldflasche,
50. ein Spazierstock,
51. eine Baumwollfußbede,
52. eine Reisetasche mit Effecten,
53. ein Damenstockschirm,
54. ein Rohrstock,
55. eine Chatulle mit diversen Gegenständen,
56. eine Damenjuppe,
57. eine Ueberzugsack,
58. eine Feldflasche,
59. ein Spazierstock,
60. eine Fußbede,
61. eine Reisetasche sammt Effecten,
62. ein Damen-Seidenschirm,
63. ein griechisches Buch,
64. eine Rolle,
65. ein Männerhut,
66. eine Wintermüße,

67. ein Männerhut und ein Federmesser,
68. eine Sommermüße,
69. ein Sack,
70. ein Packet mit Wäsche,
71. ein alter Sack mit Effecten,
72. eine Kinderjacke,
73. ein Schilfrohrkorb,
74. ein Männerhwal,
75. eine Wintermüße,
76. ein Regenschirm,
77. ein Spazierstock,
78. ein Reiseanhängtuch,
79. ein Pelzfussack,
80. eine Zimmermannstasche,
81. ein Paar Augengläser,
82. eine Portemonnais sammt Kupfergeld,
83. zwei Stricke,
84. ein Stück eisernes Blech,
85. eine Guitarre,
86. eine Zinkröhre,
87. ein Stück Eisen,
88. ein goldener Fingerring,
89. ein lederner Beutel sammt Geld,
90. ein gefundener Geldbetrag von 40 fl.
91. Mehrere Ellen Seidenstoff,
92. Korallen mit einem Medaillon,
93. ein Paar Kinderschuhe,
94. eine Strohtasche mit Kleidungsstücken,
95. eine Reisetasche,
96. eine Schuhbürste, ein Wollhwal, ein Paar Strümpfe, 1 Hemd, 2 Sacktücher, 1 Geldgürte,
97. 44 Stück Abwischtücher,
98. ein Hutdachtel,
99. eine Reisetasche, 1 Kappe, Kopfbürste und Sonnenschirm,
100. ein Regenschirm,
101. ein Schnupftuch,
102. ein grüner Männerhut,
103. ein Damen-Wollhwal,
104. ein Obstforn,
105. ein wollener Regenschirm,
106. eine türkische Tabakspfeife sammt Rohr,
107. ein Soel von Papier,
108. eine Schachtel Spielzeug,
109. ein seidener Regenschirm und Sonnenschirm,
110. eine Schachtel mit einem seidenen Kinderhut und Sacktuch,
111. ein Stock.

Die rechtmäßigen Eigenthümer dieser Fahrnisse werden aufgefordert, wegen Abnahme derselben bis 15ten Jänner 1860 hieramts zu melden, und ihr Eigenthumsrecht gehörig auszuweisen, widrigens solche zu Gunsten des Armenfondes werden veräußert werden.  
Krakau, am 29. October 1859.

### N. 1289. Kundmachung. (1118. 3)

An der Bialer Haupt-Schule Wadowicer Kreises ist die Lehrer-Stelle städtischen Patronats, mit einem jährlichen Gehalte von 420 fl. ö. Währ. in Erledigung gekommen.

Bewerber um selbe haben ihre gehörig instruirten Bittgesuche, mit Beobachtung der Stempelvorschriften, im gefestigt vorgeschriebenen Wege unausweichlich bis zum 15. Jänner 1860 an das bischöfliche Consistorium gelangen zu lassen; wie auch die Nachweisung zu liefern, daß sie für die Anforderungen des hohen k. k. Ministerial-Erlasses vom 15. September 1854 3. 8984 (Land.-Reg.-Erlaß vom 1. März 1855 3. 23267) die nöthige Befähigung besitzen.

Vom bischöflichen Consistorium.  
Tarnów, den 6. December 1859.

### N. 34554. Kundmachung. (1137. 3)

Se. k. k. apostolische Majestät haben mit allerhöchster Entschließung vom 13. November 1859 zu genehmigen geruht, daß in jenen Ländern, wo das Verbot des Halten christlicher Dienftboten, Ammen, Gesellen und Lehrlingen von Seite der Israeliten noch besteht, dasselbe nicht weiter mehr zu handhaben ist.

Diese a. h. Entschließung wird mit dem Beifügen zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß die israelitischen Dienftboten und Meister bei sonstiger Ahndung und Strafe verpflichtet bleiben, die minderjährigen christlichen Dienftboten und Ammen und deren in ihrer Haushaltung etwa lebenden Kindern, sowie die christlichen Lehrlingen und die bei ihnen wohnenden christlichen Gesellen, zum Besuche des Gottesdienstes und beziehungsweise des nachmittäglichen Wiederholungsunterrichtes an Sonn- und Feiertagen anzuhalten.

Von der k. k. Landes-Regierung.  
Krakau, am 29. November 1859.

### Nr. 2630. R. F. D. Edict. (1139. 3)

Der Herr Peter Josef Szyryn, Eigenthümer der Realität Nr. 229, 230 und 231 Gde. VIII. in Krakau ist bei der k. k. Grundentlastungs-Fonds-Direction um die Bewilligung der Löschung der unter der Post 4 der Eigenthumsbeschränkungen zu Gunsten der Stefanie Wiczenstein'schen Erben haftenden durch die Grundentlastungen entfallenden Grundzinses jährlicher 43 fl. 20 gr. eingeschritten.

Da der Aufenthalt dieser Erben hieramts unbekannt ist, so wird der Advokat Hr. Dr. Witski zu ihren Vertretern bestellt, und dieselben aufgefordert, binnen längstens 90 Tagen ihre allfälligen Einwendungen gegen die angeführte Löschung selbst oder durch einen Bevollmächtigten hieramts einzubringen, widrigens die Sache mit dem bestellten Vertreter verhandelt werden wird.  
Von der Krakauer k. k. Grundentlastungs-Fonds-Direction.  
Krakau, am 6. December 1859.